

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14. — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Lößlestraße 10
Fernsprecher S.-U. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftführung ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

In zwölfter Stunde

Der Streit um die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ist in sein letztes Stadium gekommen. Am 30. September wird der Reichstag für ein paar Tage zusammenrücken, um neben anderen Dingen über die eben genannte „Reform“ endgültig zu entscheiden. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, ist noch völlig ungewiss. Die vielwöchigen Verhandlungen in allen möglichen Sitzungen haben keine Klärung gebracht. Die Gegenseite sind nach wie vor so scharf wie nur je. Alle drei Gewerkschaftsrichtungen sind darin vollständig einig, daß jeder Abbau der Erwerbslosenunterstützung entschieden abzulehnen ist.

Eine Kürzung der ohnehin zu geringen Unterstützungssätze der Erwerbslosen bringt keine Verminderung der öffentlichen Ausgaben, sondern nur eine Verschiebung der Ausgaben von der Reichskasse auf die Gemeinden. Zum andern verursacht eine Verminderung des selbst dürftigen Einkommens von Hunderttausenden eine Verminderung der Kaufkraft, was sich in weitere Arbeitslosigkeit auswirkt. Ferner sind die Gewerkschaften der Meinung, daß, wenn eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit wie im letzten Winter wieder eintreten sollte, die Allgemeinheit mit zur Unterstützung der Erwerbslosen beigezogen werden muß, wie es ja bei jeder Katastrophe geschieht. Und schließlich meinen die Gewerkschaften, daß es dem Unternehmertum, das die Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung mit wahrhaftiger Bersekerlust betreibt, gar nicht, wie es seine Klage behauptet, um die Entlastung der Reichskasse zu tun ist, sondern um die Ausschöpfung und schließlich Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung. Von dieser Beseitigung erhoffen die Unternehmer eine leichtere Möglichkeit, die Löhne ganz allgemein zu drücken.

Wie gesagt, in der Abwehr jeder Verschlechterung sind sich alle drei Gewerkschaftsrichtungen einig, also mit der sozialistischen auch die christliche und die kirchlich-demokratische. Wie verhalten sich nun aber die Parteien der zwei letzten Richtungen, das Zentrum und die demokratische Partei? Die Demokraten wollen große Ersparnisse an den Arbeitslosen machen durch Verlängerung der Amtsdauer für den Genuß der Unterstützung und durch Ausdehnung der Wartezeit für die Saisonarbeiter. Das Zentrum will Saisonarbeiter mit den anderen Versicherten die Unterstützungsbezüge kürzen, soweit die Arbeitslosen weniger als 52 Wochen in Arbeit standen. Das Zentrum besteht darauf, daß häufig Arbeitslose nur noch unter einer feinen Beiträgen entsprechenden Lohnklasse unterstützt werden.

Diese beiden Parteien kommen also dem sozialreaktionären Unternehmertum ziemlich weit entgegen; sie wollen also den armen Teufeln von Beschäftigungslosen noch ein Stück ihres großen trockenen Brotes nehmen, um das Ausbeutertum wenigstens teilweise zufriedener zu stellen. Was Wunder, daß die Stimmung unter den Arbeitern, die noch im bürgerlichen Parteipferd herumirren, keine rosige ist. Unter diesen Umständen muß man dringend wünschen, daß die Abstimmung im Reichstag eine namentliche ist. Auf diese Weise bekommt man einen sichern Beweis für die soziale Gesinnung der Abgeordneten. Wenn sie dann wieder als Volksvertreter präsenziert werden, kann einem jeden, der an dem Faustschlag auf den Magen der erwerbslosen Proletarier beteiligt gewesen ist, das gebührende Entgelt mit der proletarischen Stiefelsohle verabreicht werden. Die Volkspartei und die Deutschen Nationalen, die beide von den parlamentarischen Agenten des Großkapitals gebildet sind, bemühen sich ihrerseits tatkräftig, die Wünsche des Unternehmertums vollständig zu erfüllen. Wenn es nach diesen beiden Parteien ginge, hätte die letzte Stunde der Erwerbslosenversicherung geschlagen.

Die politische Vertretung der freien Gewerkschaften, die sozialdemokratische Fraktion, hat sich am 20. September abermals mit den Abwärtssuchen der bürgerlichen Parteien beschäftigt. Aber ihre Haltung bei dem demnächstigen Entscheidungskampf gibt die folgende Entschlieung Aufschluß:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht in den sachlichen Erhebungen und Feststellungen des Sachverständigen-Ausschusses für Arbeitslosenversicherung eine Bestätigung ihrer wiederholt bekundeten Auffassung, wonach die Beseitigung der nachweisbar bestehenden Mißbräuche und eine beschränkte Beitragserhöhung in Verbindung mit einer sozialen Neuordnung der Saisonarbeiter-Unterstützung die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ermöglicht, ohne daß eine allgemeine, sozialpolitisch unerträgliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen vorgenommen wird. Sie stimmt deshalb den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages soweit zu, als sie diesen Rahmen einer Änderung der Arbeitslosenversicherungsgesetze nicht überschreiten.“

Die Fraktion begrüßt aber gleichzeitig den beharrlichen und geschlossenen Widerstand, den Partei und Gewerkschaften in wachsamem zähem Ringen gegen alle weitergehenden Selektionsänderungen und Abwärtssuche geleistet haben. Ohne die allgemeine politische Bedeutung irgendwie zu verkennen, die sich aus einer weiteren politischen Zustimmung im Kampf um die Arbeitslosenversicherung ergeben kann, verlangt die Fraktion, daß auch weiterhin bei den bisherigen Verhandlungen von den sozialdemokratischen Unterhändlern gegebene Rahmen beibehalten wird, da die Sozialdemokratie nur innerhalb dieser Grenzen eine Mitverantwortung für die Reform der Arbeitslosenversicherung zu tragen bereit ist. Obwohl die Sozialdemokratie die Notwendigkeit anerkennt, die Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln zu sanieren, hält sie doch daran fest, daß der notwendige Zuschuß der Lage des Arbeitsmarktes das Reich die Pflicht zur Leistung von Zuschüssen hat. Sie lehnt es entschieden ab, daß die Sanierung der Reichsfinanzen und der Abbau der sozialpolitischen Leistungen des Reiches erzwungen werden.“

Wenn wir diese Entschlieung richtig deuten, dann besagt sie, daß die sozialdemokratische Fraktion wohl zur Beseitigung

offentlicher Mißbräuche und zur Erhöhung der Beiträge um 1/2 bereit ist, aber jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, insbesondere der Unterstützung entschieden ablehnt. Das halten wir für ganz selbstverständlich; um etwas anderes als um eine entschiedene Ablehnung jedweder Verschlechterung kann und darf es sich für die sozialdemokratische Fraktion unter keinen Umständen handeln. Und daran sollte auch jene „allgemeine politische Bedeutung“ nicht das geringste ändern, von der der zweite Satz im zweiten Absatz der Entschlieung spricht. Denn diese „allgemeine politische Bedeutung“ haben, so möchten wir meinen, eher jene Parteien und

Seite zu erwägen, die diese Gewalttat auf die Armut eingeleitet haben und vollenden wollen.

In zwölfter Stunde sei wiederholt, was wir hier schon mehrmals betont haben: bei dieser „Reform“ darf es keine Schwäche, keine Konzession an die Sozialreaktionäre geben. Das erwartet die gesamte Arbeiterschaft von der sozialdemokratischen Fraktion. Da die christlichen und die kirchlich-demokratischen in dieser lebenswichtigen Sache von ihren Parteien schnöde im Stich gelassen werden, so ist auch dieser Arbeiterhoffnungsträgerin die sozialdemokratische Partei geboren. Wie diese Arbeiter, so erwarten natürlich auch die sozialistischen, daß sich ihre parlamentarische Vertretung einmal mehr als die unbedingte Verteidigerin der Arbeiterschaft erweist.

Das ist ja eigentlich eine platte Selbstverständlichkeit. Aber wir glauben es doch noch einmal betonen zu müssen.

Schwerindustrielle Patrioten

Unsern guten Bürger ist dieser Tage sein treudeutsches Gemüt arg verhärtet worden. Die Inannehmunglichkeit hat er Verlautbarungen der Nationalliberalen Korrespondenz zu verdanken. Dieses Blatt der Schwerindustriellen Volkspartei hat aus noch nicht ganz durchsichtigen Beweggründen seinen Artgenossen im deutsch-nationalen Lager, allesamt wadere Urgermanen, das verhängende Pärchen von Brust und Bauch gezogen. Und nun, wo die deutsch-nationalen Teutonen feierlich dastehen, muß der gute Bürger und Bewunderer der nationalen Ehrenretter erwidern, daß ihre so laut betonte vaterländische Gesinnung und ihr nationaler Mannesstolz nichts sind als Austauschware in Geschäften mit dem „Erbfeind“.

Man vergegenwärtige sich: Der deutsche Außenminister hat sich die letzten Jahre in Genf, Locarno, Paris und zuletzt im Haag nachdrücklich um eine Verständigung mit den Siegermächten bemüht. Gegen jede dieser Bemühungen haben sich die Deutschnationalen in den schärfsten Tönen gewendet. Die Locarnopolitik, den Dawes-Plan, den Young-Plan und alle ähnlichen Vereinbarungen haben sie mit Gift und Galle belästigt. Anstelle der Verständigung mit den Siegermächten haben sie die Anfristung des deutschen Volkes, den schärfsten Widerstand gegen die „Verfläuter“ des deutschen Volkes, die Vereinnahmung für den großen Tag der Abrechnung gepredigt.

Nun aber erfährt der gute deutsche Bürger, daß die nationale Gesinnung der deutsch-nationalen Vaterlandsretter nicht ganz so hoch ist; daß die nämlichen Leute, die dem „Erbfeind“ ewigen Haß schwören, mit ihm an stillem Orte freundschaftlich verhandeln. Daß sie ausgerechnet zu der Zeit, wo sie die amtliche Verständigungspolitik mit Kläue und Nähen bekämpften, sich mit französischen Nationalisten zusammenfinden, um mit ihnen treubrüberliche Verständigung zu suchen. Den Kern der gesuchten Verständigung bildet die Interessensverflechtung der deutschen und der französischen Schwerindustrie, dann und besonders ein Militärbündnis mit Frankreich gegen ein drittes Land, das nur Sowjetrußland sein kann. Das Militärbündnis soll aus dem Verhältnis 5 zu 3 bestehen, das heißt, wenn die französische Armee 500 000 Mann zählt, sollte die deutsche 800 000 Mann zählen, und beide Armeen sollen einem deutsch-französischen Oberkommando unterstehen mit dem Rechte, beide Armeen zu kontrollieren und im Kriegsfall zu führen.

Ist das nicht lieblich — ein Militärbündnis mit dem in die tiefsten Schätze der Hölle verbannten Urheber des Schmachtfriedens! Darüber ist das deutsche Bürgertum föhlich ganz entsetzt. Das Entsetzen kundigt sich in diesen Überschriften der bürgerlichen Presse an. Sie fragt erstaunt, wie denn Reivalente sich erbreiten können, ohne jede Bevollmächtigung mit einer andern Macht oder

fremden Leuten über hochpolitische Dinge zu verhandeln und über das deutsche Heer so zu verfügen, als ob sie, die deutsch-nationalen Unterhändler, der Staat selbst wären.

Wir müssen gestehen, daß wir diese Entrüstung nicht recht verständlich finden. Dieser deutsch-nationale Kreis hat doch nur seine alte Gewohnheit weitergepflegt. Er fühlte sich im wilhelminischen Staat als die Herrschaft und hat sich in der „demokratischen Republik“ gleichfalls immer so aufgeführt, ohne daß ihm jemals ein Dämpfer aufgesetzt worden wäre. Wegen dieser Sippe wurde der Weltkrieg verlängert, damit sie französisches Land und Erbsätze bekommen konnte, um ihre Willen kam es zum Ruhrkrieg, damit sie ihre Werke und Schätze auf Regimentsunlosen ausbauen lassen und 716 Millionen einsparen konnten. Warum sollte sie denn nun nicht auch über die Vorbereitung zu einem neuen Kriege unterhandeln? Die Vorbereitung, das heißt die Erhöhung der deutschen Heeresstärke von 100 000 auf 300 000 Mann bringt doch herrlich viel Bestellungen an Flinten, Kanonen, Flugzeugen, Schiffen und Gasmasken! Und wenn dieses Milliardengeschäftes getätigt ist, wird sich leicht das noch viel goldigere Geschäftchen der Kriegsbrechen lassen.

Zug dem Kreis der deutsch-nationalen Germanen, die inoffiziell mit französischen Chauvinisten unterhandeln, wird von der Tagespresse ein alter Bekannter der Metallarbeiter herbeigeholt, nämlich Herr Rönne in Dortmund. Es ist dies ein sehr vielseitiger Geschäftsmann. Er ist deutsch-nationaler Gesellschafter, dann königlich-burgundischer Konsul und obenrein noch Fabrikant für Eisenkonstruktion. Doch die Haupttätigkeit dieses vielbeschäftigten Mannes liegt auf dem Gebiete der Scharfmacherie. Wenn es irgendwie gegen die Arbeiter geht, bläst er die hellendste Trompete. Mit anderen Worten, Herr Rönne in Dortmund ist schwerindustrieller Patriot.

Dieser schwerindustrielle Patriot war in Paris, um dem „Erbfeind“ ein Bündnis anzutragen — vor ihm waren schwerindustrielle Patrioten bei dem Erbfeind in Düsseldorf, um ihn zu einem Bündnis gegen deutsche Arbeiter zu bewegen. Schon hat Herr Rönne nur nachgemacht, was seinesgleichen vorgemacht haben. Und wie jene schwerindustriellen Patrioten, die einst mit dem französischen General Degoutte verhandelten, noch heute als Retter des deutschen Volkes gelten, so dürfte auch Herr Rönne sich weiterhin des gleichen Rufes erfreuen. Bald wird er womöglich gar als Scharfmacher in nationalen Dingen berufen werden. Und die nämliche Presse, die ihn heute mit schmalziger Entrüstung bekennt, wird ihn dann als ehlen Patrioten und unboreingekommenen Sachwalter der deutschen Belange preisen. Das läßt uns die Müdigkeit des deutschen Bürgertums und seiner Presse voraussetzen.

Für eine vollkommenerere Gewerkschafts-Internationale

Die Zerklüftung in der Gewerkschaftswelt

Von Felix Kummer

Es gibt in der Welt über 46 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Sie sind auf 62 Länder, auf die industriell und politisch wichtigsten Staaten verteilt. Es ist keine Bewegung zu sehen, die sich an Ausbreitung, Einflußmöglichkeit, Daseinsberechtigung und wirtschaftlicher Unentbehrlichkeit ihrer Anhänger mit der Gewerkschaftsbewegung messen kann. Sie bringt den beruflich geschultesten und vorwärts drängenden Volksteil eines jeden Landes. Ihre Mitglieder kommen regelmäßig zusammen, beschäftigen sich fortdauernd mit den wirtschaftlichen und öffentlichen Angelegenheiten, verfügen über einen zum Teil sehr guten Verwaltungsapparat und besitzen eine weitverbreitete Presse, womit sie ihre Forderungen vertreten und die öffentliche Meinung beeinflussen können. In der Gewerkschaftsbewegung sind somit wesentliche Vorbedingungen dafür erfüllt, den Geist wie das Tun der Menschheit in neue Bahnen zu drängen und den Aufstieg der arbeitenden Volksschichten tatkräftig zu fördern.

Dies geschieht denn auch in erfreulicher Weise, jedoch in geringerem Maße, als es wünschenswert ist. Diese belagerten Tatkraften entspringen verschiedenen Ursachen, unter denen die organisatorische Zersplitterung, wie die geistige oder gewerkschaftspolitische Gegenläufigkeit zu oberst stehen.

Die 46 Millionen Gewerkschafter sind in verschiedene Richtungen gefondert, in eine freigewerkschaftliche, eine kommunistische, eine konfessionelle und Gott weiß was sonst noch für eine. Die Richtungen bemühen sich — bis auf eine — nicht etwa das ihnen allen Gemeinsame hervorzuheben, sondern das sie Trennende nachdrücklich zu betonen. Was nichts anderes

heißt, als sich als Sekte offenbaren und sich als Sekte erhalten wollen. Und die Betonung des Trennenden scheint von mancher Richtung als ihr einziger Daseinszweck angesehen zu werden. Hierfür wird eine Unmenge Kraft und Zeit vergeudet, die einer besseren Sache würdig wäre.

Die stärkste der Richtungen ist die freigewerkschaftliche, die man auf fast 20 Millionen Mitglieder veranschlagen kann. Von dieser Masse sind 13,1 Millionen im Internationalen Gewerkschaftsbund vereint. Er hat die letzten Jahre abermals,

Aus dem Inhalt

Inhalt	Seite
In zwölfter Stunde — Schwerindustrielle Patrioten — Für eine vollkommenerere Gewerkschafts-Internationale	313
Steuersenkung für die Besitzenden? — Die gemüthliche Revolution, Berichtigung	314
Einheitslichkeit erleichtert die Büroarbeiten	315
Ethelche Verhandlung — Dein Kind fragt — Landesväter als Menschenhändler	316
Der billige Jakob — Wie verhalte ich mich bei Blutungen — Die rheumatischen Erkrankungen u. ihre Bekämpfung — Zähne im Mund, Mensch gesund — Leisten- und Schenkelbrüche	317
Lehrlinge werden verlangt — Sind Kontrollreue und Revisoren Angestellte oder Arbeiter?	318
Weiterer Aufstieg der freien Gewerkschaften — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928 — Das Auslandskapital in der deutschen Industrie	319
Deutsche Handwerkszelle	320



Gesundheit



Der billige Jakob

Bei der Arbeitslosenversicherung soll gespart werden. Der zur Beratung der Reform eingesetzte Sachverständigenausschuss hat alle Möglichkeiten erörtert. Dabei hat er sich auch mit der Frage einer Neuordnung der Krankenversicherung der Arbeitslosen beschäftigt. Wie jetzt bekannt wird, hat bei dieser Gelegenheit der Verband privater Krankenversicherungsanstalten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Angebot gemacht, das auch bei der Behandlung im Reichstag von einem Deutschen Volksparteierteil eingebracht und begründet wurde. Zwar wurde der Antrag abgelehnt, wodurch aber diese reaktionäre Gefahr keineswegs gebannt ist. Das Angebot bewegte sich auf folgender Grundlage:

1. Der Verband privater Krankenversicherungsunternehmen Deutschlands e. V. ist bereit, die Krankenversicherung der Arbeitslosen zu übernehmen. Er hält es aber für richtiger, dies nicht allein zu tun, sondern ein gemeinschaftliches Unternehmen in Form einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von etwa 2 Millionen Mark zu gründen, dessen Aktien im wesentlichen der Verband und die Reichsanstalt übernehmen. Er ist aber auch bereit, die Versicherung allein zu übernehmen.
2. Der Verband will die Regelleistungen der Reichsversicherungsordnung übernehmen.
3. Der Verband will eine Vereinbarung mit dem Verband der Ärzte Deutschlands oder dem Deutschen Ärztebund schließen, nach welcher für jeden Arbeitsamtsbezirk mindestens ein Vertragsarzt unter Gewährung fester Jahresbezüge angestellt wird. Bei städtischen Bezirken, in denen durchschnittlich mehr als 200 000 Arbeitslose einschließlich Familienangehöriger innerhalb eines Kreises von 2 Kilometer Radius vorhanden sind, soll ein Pflegerat auf 2000 Personen bestellt (was sagen dazu die Herren Ärzte?) — ebenso soll den besonderen Verhältnissen räumlich ausgedehnter ländlicher Gebiete Rechnung getragen werden.
4. Der Verband verlangt für jeden Krankenversicherter Arbeitslosen und jeden Unterstützungstag an Beiträgen 0,12 M, wenn er das Krankengeld nicht mit übernimmt und etwa 0,16 M einschließlich Krankengeld. Nach diesem Vorschlag würde die Krankenversicherung bei einer Durchschnittszahl von 1,1 Millionen Arbeitslosen im Jahre 47,18 Millionen Mark ohne Krankengeld und 60,5 Millionen Mark mit Krankengeld kosten. Demgegenüber sind bei der jetzt gültigen Regelung mit den Krankenkassen der Reichsversicherungsordnung für 1,1 Millionen Versicherte 118 Millionen Mark aufzuwenden, so daß sich eine Ersparnis von 54,5 Millionen Mark errechnet.

Dieses Angebot des Verbandes privater Krankenversicherungsunternehmen geht davon aus, daß die Krankenversicherung der Arbeitslosen ganz ungewöhnlich verschlechtert werden soll. Es sollen nur die Regelleistungen der Reichsversicherungsordnung übernommen werden, das heißt die Familienangehörigen der krankenversicherter Arbeitslosen, die bisher ebenfalls von den gesetzlichen Krankenkassen Krankenpflege erhielten, würden bei einer solchen Durchführung der Krankenversicherung keine Ansprüche mehr erheben können. Daneben würde auch für die Versicherten die Gewährung von Krankenhospitalkosten nicht mehr in Frage kommen. Die Mehrleistungen der gesetzlichen Krankenkassen auf dem Gebiete der Kranken- und Wundpflege und beim Sterbegeld würden sämtlich weggelassen, so daß die krankenversicherter Arbeitslosen trotz ihrer Beitragsleistung bei gesetzlichen Krankenkassen bis zur Arbeitslosigkeit gerade in der Zeit, wo sie im Krankheitsfalle die Hilfe einer Krankenkasse am nötigsten brauchen, mit ihren Ansprüchen so gestellt wären, daß zu der Not der Arbeitslosigkeit die durch eine Krankheit hervorgerufene Not verschärft ins Gewicht fallen würde.

Der Vorschlag wäre für die privaten Krankenkassen ein glänzendes Geschäft. Die gesetzlichen Krankenkassen sind in der Lage, diese vorgeschlagenen Leistungen mit viel geringeren Kosten durchzuführen (Verwaltungskosten je Kopf des Versicherten bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen 5,17 M, bei den privaten Krankenkassen 13,06 M). Wäre die Sozialversicherung ein Geschäft, so würden wir es für notwendig halten, uns eingehender über diese Art von „Konkurrenz“ auszulassen. Wir glauben aber, daß ohne dies auch unsere Wirtschaftspolitiker sich an den alten Erfahrungssatz halten werden: „billig und schlecht“ ist keineswegs „wirtschaftlich“ und der „billige Jakob“ hat sich schon oft als der größte „Deutschnneider“ entpuppt. Hier wollen wir davon absehen, uns mit dieser Seite der Angelegenheit zu beschäftigen, denn wir halten es für unmöglich, daß Reichsregierung und Reichstag sich bereit finden, solche Experimente mit den von der Not des Daseins schon hart genug getroffenen Arbeitslosen zu machen.

Wie verhalte ich mich bei Blutungen?

Eine plötzlich auftretende Blutung ist gewöhnlich ein aufregendes Ereignis. Fast immer wird aber zum Glück vom Laien die Gefahr weit unterschätzt. In der Regel droht dem gesunden Erwachsenen die Gefahr des Verblutens erst beim Verlust seiner halben Blutmenge. Das ist bei einem Körpergewicht von 60 Kilogramm das tatsächliche Maß von über 2 Liter. Je schneller die Blutung erfolgt, desto größer ist natürlich die Gefahr; nur eine kleine Gruppe von Menschen ist auch schon durch langjam erfolgreiche Blutungen gefährdet. Das sind die Frauen, jene abnorm Veranlagten, in deren Blut die Gerinnbarkeit stark herabgesetzt ist. Schon an einer geringfügigen Gelegenheitswunde oder beim Zahnpflegen können sie sich verbluten, weil die Blutstillung nicht gelingt.

Oberstes Gebot bei jeder Blutung ist die Blutstillung. In zweiter Linie kommt die Bekämpfung der durch den Blutverlust hervorgerufenen Blutarmut in Betracht. Die Blutstillung gelingt am einfachsten bei Blutungen aus äußeren Wunden. Ein fest gegen die Wunde angelegter Verband aus feinstem Verbandstoff, im Notfall aus frisch gewaschenem Leinen, mittels eines Lagers oder einer Wunde befestigt, dazu bei Blutungen an den Armen oder Beinen die Hochlagerung der entsprechenden Gliedmaßen bringt den roten Strom in vielen Fällen fast sofort zum Stillstand. Auch Blutungen aus geplatzten Kapillaren, in selbst die kleineren, hellrot spritzenden Schlagaderblutungen hören unter dieser Behandlung auf oder lassen sich mindestens solange in Schach halten, bis ärztliche Hilfe erreichbar ist. Bei größeren Schlagaderblutungen wird man zunächst ebenso verfahren. In bedrohlichen Fällen aber zugleich das ganze Glied oberhalb der blutenden Wunde mittels eines Gummischlangens, eines Niemens, eines Hofenträgers oder eines elastischen Umschnürens, vor allen Dingen aber für sofortige Überführung ins Krankenhaus sorgen, damit das spritzende Gefäß durch die Naht verschlossen werden kann. Viel leichter läßt sich in der Regel Nasenbluten beherrschen. Es steht meist schon, wenn der Patient den Kopf hochrichtet, den Kopfwinkel derjenigen Seite, aus der das Blut kommt, fest gegen die

Nasenscheidewand preßt, den Hals vom engen Kragen befreit und kalte Umschläge, wozumöglich einen Eisblock in den Nacken und auf die Stirn legt. Nur in den seltensten Fällen gelingt es auf diese Weise nicht, eine Nasenblutung zu stillen; dann ist der Arzt zu Rate zu ziehen, der durch Verätzung oder Verätzung der blutenden Stelle, im Notfall durch Ausstopfen der Nase (die sogenannte Tamponade) auf rasche Weise Hilfe bringen kann.

Weit ernster aufzufassen sind die hellrote, schaumvermengte Augenblutung und die bräunliche, kaffeesatzartige Magenblutung. Gewiß kann in einer so verantwortungsvollen Lage, wie sie eine Lungen- oder Magenblutung darstellt, die Behandlung nur vom geschulten Arzt richtig geleitet werden, der darum so schnell als möglich hinzuziehen ist. Viel, sogar sehr viel hängt aber auch vom richtigen Verständnis der Umgebung des Kranken für die Anordnungen des Arztes ab. Alle überflüssigen und aufgeregten Angehörigen sind aus dem Krankenzimmer zu entfernen, damit der Kranke nicht noch mehr aufgeregt wird. Dazu ist um so weniger Veranlassung als die Erfahrung lehrt, daß zum Glück selbst beträchtliche Blutstürze kaum je das Leben unmittelbar gefährden. Neben der seelischen Beruhigung ist für völlige Körperruhe zu sorgen. Es empfiehlt sich dabei, soweit vom Arzte nichts anderes bestimmt wird, Bettruhe in Rückenlage, beim Lungenkranken am besten mit gut erhöhtem Oberkörper. Ein leicht erreichbares blutstillendes Mittel ist die Eisblase, die allerdings wegen der Gefahr einer Erkältung nur für kurze Zeit hintereinander (eine Viertel- bis eine halbe Stunde) beim Lungenkranken in den Nacken oder auf die Brust, beim Magenkranken auf den Leib zu legen ist.

Fälle, bei denen trotz zureichender Behandlung eine Blutung nicht zum Stehen kommt, sind im allgemeinen selten. Dann kommt, wenn auch die Einspritzung gerinnungsbefördernder Mittel unter



die Haut oder in die Blutader verlegt, als letztes Mittel die Operation, bei der Augenblutung die künstliche Gasbrust, bei der Magenblutung die Übernähung der blutenden Stelle in Betracht. Die Hämorrhoidablutung ist nur selten so stark, daß sie nicht durch festes Zusammenpressen der Gefäßhälfen unter Zuhilfenahme blutstillender Salbe oder Japschen zum Stillstand käme. Kommt man damit allein nicht aus, dann ist der Eisumschlag, der mit blutstillenden Mitteln getränkte Druckverband oder die Ausklopfung des Afteres mittels eines fingerdicken circa 20 Zentimeter langen, mit Jodoformgaze umwickelten Gummirohrs und letzten Endes, wenn alles dies nichts nützt, die Hilfe des Chirurgen am Platze.

Mit der Bekämpfung der durch den Blutverlust hervorgerufenen Blutarmut — sie äußert sich in Blässe des Gesichtes, Ermüdung, Durch- in schweren Fällen in Schwindel vor den Augen, Ohrensausen, Schwindel und Ohnmacht — soll nicht eher begonnen werden, bis die Blutung verlässlich, aber auch wirklich verlässlich versorgt ist, sonst könnte es vorkommen, daß die Blutung wieder von neuem beginnt.

Dr. med. Elisabeth Fink

Die rheumatischen Erkrankungen und ihre Bekämpfung

Mit den feuchtkalten Herbstmonaten beginnt wieder die Hauptleidenzeit der Rheumatiker. Es werden sich daher gerade in dieser Zeit viele den modernen Bestrebungen zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit zuwenden. Das ist sich um eine Volkskrankheit größten Umfangs handelt, ergibt sich aus dem statistischen Material der Krankenkassen. Einer der erfahrensten Fachmänner, Dr. Zimmer, hat auf Grund dieses Materials festgestellt, „daß sowohl für die Krankenkassen wie für die Landesversicherungsanstalten die Zahlen, die durch die Erkrankungen der Bewegungsorgane und unter diesen besonders durch die rheumatischen Leiden entstehen, viel größer sind als die Zahlen, die durch die Gesamtheit der tuberkulösen Krankheiten hervorgerufen werden“. Da es sich dabei um eine Erscheinung handelt, die keineswegs an den Landesgrenzen halt macht, und da erfahrungsgemäß wissenschaftliche Forschung und Bekämpfung von Gesundheitschancen am erfolgreichsten auf breiter Grundlage unternommen werden kann, wurde im Jahre 1926 ein Internationales Komitee zur Erforschung und Bekämpfung des Rheuma gegründet. Auch in Deutschland besteht eine Sektion dieses Komitees, der es gelungen ist, das allgemeine Interesse der Sozialversicherungsorgane und der wissenschaftlichen Kreise zu gewinnen. Der Schriftführer der Deutschen Gesellschaft für Rheumabekämpfung schreibt seine im Jahrbuch der Krankenversicherung 1927 veröffentlichten Ausführungen über die bisher gemachten Erfahrungen mit folgenden Worten:

„Eines können wir aber jetzt schon mitteilen, daß nämlich bei diesen Bestrebungen die Träger der sozialen Versicherung, insbesondere die Krankenkassen, in erster Linie stehen, die Krankenkassen besonders deshalb, weil hier die rheumatischen Erkrankungen in ihren Anfangsstadien erfaßt werden können. Das ist um so wichtiger, als für die Bekämpfung des Rheuma das gleiche gilt wie für die Bekämpfung der Tuberkulose und der anderen Volksleiden, daß man einer Krankheit nur dann Herr werden kann, wenn man sie in den allerfrühesten Stadien erkennt und so frühzeitig wie möglich energig gegen sie vorgeht. Die Verschleppung von Krankheiten ist

der größte Feind ihrer organisierten Bekämpfung. Wir waren bis jetzt gewohnt, die Schwere einer Volkskrankheit nach ihrer Sterblichkeitsziffer zu beurteilen, und wir haben erst in neuester Zeit Gelegenheit, einen anderen Maßstab anzulegen, den ihrer sozialen Auswirkung. Die organisierte Bekämpfung der rheumatischen Erkrankungen befindet sich daher erst in ihren allerersten Stadien; aber die Energie, mit der sie in allen Kreisen in Angriff genommen wird, darf uns dazu berechtigen, zu hoffen, daß auch hier der Lohn der Arbeit nicht ausbleibt. Wir dürfen es mit besonderem Dank begrüßen, daß das Reichsarbeitsministerium die Richtlinien für das Heilverfahren, wie sie für die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten bestehen, demnächst auch auf die rheumatischen Krankheiten ausdehnen wird. Damit ist von der wichtigsten Stelle die Bedeutung der rheumatischen Erkrankungen als Volksleiden anerkannt worden und damit die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.“

Zähne im Mund — Mensch gesund

Mehr und mehr wird die Bedeutung eines gesunden und leistungsfähigen Gebisses für das Allgemeinbefinden des Menschen erkannt. Bezeichnend hierfür ist, daß sich auch der diesjährige deutsche Krankentag die von etwa 3000 Krankenkassenvertretern aus allen Teilen Deutschlands besuchte Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, die in Nürnberg tagte, mit den Fragen der „vorbeugenden Zahnpflege“ beschäftigt hat. Der Vortragende, Professor Dr. Kantorowicz, Bonn, als einer der besten Sachkennner auf diesem Gebiete bekannt, fordert in seinen Leitfäden:

„Die Erhaltung der Zähne ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesunderhaltung des Volkes. Die Erhaltung der Zähne bei anfallender Pulpa ist zwar praktisch möglich, verursacht aber beachtliche Kosten, die die Durchführung vorbeugender Maßnahmen nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit geworden ist. Alle Anstrengungen müssen daher darauf gerichtet sein, die konsequenter Zahnbehandlung durch wirksame Vorbeugungsmaßnahmen allmählich überflüssig zu machen.“

- Die vorbeugenden Maßnahmen bestehen in folgendem:
1. Verbesserung des Zahnmateriale durch Bekämpfung der Karies, durch die die Verschlechterung der Zahngesundheit in den letzten Jahrzehnten verschuldet wurde.
 2. Systematische Bekämpfung der Zahnkrankheiten durch die Schulzahnpflege.
 3. Planmäßige Fortsetzung der Arbeit der Schulzahnpflege bei den jugendlichen Erwerbstätigen mit Hilfe der Krankenversicherung.

Zu fordern ist die Ausdehnung der Schulzahnpflege auf alle Fortbildungspflichtigen. Die Leistungen der Schulzahnpflege müssen auf die völlige Verhütung der Karies gerichtet sein. Zur Durchführung dieser erweiterten Schulzahnpflege ist die Mitwirkung der Krankenkassen bringen erforderlich.

Aufgabe der Krankenkassen muß es weiterhin sein, die jugendlichen Erwerbstätigen auch nach der Entlassung aus der sozialen Gebundenheit der Schule für die Fortsetzung dieser planmäßigen Vorbeugungsmaßnahmen zu erfassen. Zu diesem Zwecke ist zu fordern, daß die jugendlichen Erwerbstätigen jährlich einmal untersucht und erforderlichenfalls einer geeigneten Behandlung zugeführt werden. Dabei wäre die soziale Gebundenheit an den Betrieb nutzbar zu machen.“

Unter den erwähnten „planmäßigen Vorbeugungsmaßnahmen“ ist in erster Linie die Reinhaltung der Zähne, das tägliche, mehrmalige Putzen zu verstehen, das durch frühzeitige Gewöhnung zur ständigen und selbstverständlichen Übung werden muß.

Leisten- und Schenkelbrüche

Diese Brüche entstehen entweder ganz allmählich und werden oft nur zufällig entdeckt, oder sie entwickeln sich plötzlich, unter mehr oder minder großen Schmerzen, zum Beispiel beim Heben schwerer Gegenstände, durch Fall, Sturz von der Treppe oder Leiter usw.

Schon die Erkennung eines Bruches ist dem Laien in der Regel nicht möglich. Denn nicht jede Wunde in den Bruchgegenden ist ein Bruch; eine Geschwulst, eine Drüsenvergrößerung kann vorliegen, und Irrtümer nach dieser Richtung hin können schweren Schaden anrichten. Aber angenommen, es handele sich tatsächlich um einen Bruch, so wäre es durchaus falsch und in hohem Grade gefährlich, wenn der Laie sich irgendein Bruchband kaufte oder die Wunde dem Bandagisten überließ. Gewiß, es gibt genug Bandagisten, die ein richtiges, gut sitzendes und seinen Zwecken wirklich dienendes Bruchband auszuführen in der Lage sind. Im allgemeinen aber tut man gut daran, einen Arzt aufzusuchen, schon um sich davon zu überzeugen, daß die Diagnose „Bruch“ nicht falsch ist. Ein ungeeignetes, nicht ganz genau sitzendes Bruchband macht nicht nur Beschwerden, sondern es bedeutet nicht selten direkt Lebensgefahr! Denn jeder Bruchleidende ist dann — wobei zu betonen ist, daß auch ein gutes Bruchband nicht immer passend bleibt, vielmehr sich im Laufe der Zeit durch Schabhaftwerden, Veränderungen des Bruchs und dergleichen ergeben kann, daß ein anderes Bruchband an die Stelle des alten treten muß — in Gefahr, daß der Bruch sich plötzlich einlemt.

Und Brucheinlemtung ist ein höchst gefährliches Ereignis! Es muß eindringlich davor gewarnt werden, daß der Laie Versuche macht, den sich nicht wieder leicht zurückzubildenden Bruch mit Gewalt zu bearbeiten. Dies nützt nichts und kann die Sache ungemessen verschlimmern. Aber man warte auch nicht ab, daß der Bruch vielleicht später doch noch zurückginge. Unbeseitigt und Erbrechen, Aufblähung des Leibes, rascher Verschfall des Kranken würden die Folgen sein, so daß auch ärztliche Hilfe zu spät käme. Nein, ein Arzt ist so rasch wie möglich anzurufen; ihm gelingt es dann oft, auf unblutigen Wege Hilfe zu schaffen und, wenn nicht so, doch durch Operationen, die heutzutage als ungefährlich bezeichnet werden müssen, die Einklemmung mit ihren Gefahren zu beseitigen. Schon eine Stunde Verzögerung hat bisweilen unheilvolle Folgen gehabt. Aber auch ohne Einklemmung müssen manchmal Brüche operiert werden, und ein Bruchband kann schließlich wirken. Also noch ein Grund, bei jedem Bruche oder was man dafür hält, sofort den Arzt zu befragen.

San.-Rat Dr. Graefer

Wind und Lungentuberkulose

Die Frage nach der Bedeutung des Klimas für Entstehung und Verlauf der Lungentuberkulose ist neuerdings in Frankreich Gegenstand eingehender Beobachtungen gewesen. Es stellte sich dabei heraus, daß derjenige Teil der Bevölkerung, der „starken regenbringenden und vorherrschenden Winden“ ausgesetzt ist, wesentlich mehr unter Lungentuberkulose zu leiden hat als die anderen, die in windstilleren Gegenden leben. Bei der ersten genannten Gruppe ist die Häufigkeit der Erkrankungen an Lungentuberkulose weit höher, die Sterblichkeit ungleich bedeutender, dagegen ist die Zahl der Heilungen viel geringer als bei der zweiten klimatisch günstiger gestellten Gruppe. Vor allem scheint die Statistik dafür zu sprechen, daß weniger die Feuchtigkeit als die Wirkung des Windes ausschlaggebend ist. Starke und häufige Winde lösen schädliche Abkühlung und Ermüdung des Organismus aus und setzen auf diesem Wege die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen die Tuberkulose herab.



Verbandsleben



Lehrlinge werden verlangt

Alljährlich, wenn die Schulentlassung herannahet, findet man ganze Spalten Lehrlingsgesuche in bürgerlichen Zeitungen. Schon aus der Art und Weise, wie sie verfaßt sind, kann man mancherlei Schlüsse auf ihren Wert ziehen. Da sucht einer:

Sohn rechtschaffener Eltern, der viel Lust und Liebe zum Rechnen hat, wollen wir Gelegenheit geben, sich zu einem tüchtigen Konstruktionsgeometer auszubilden.

Hier merkt man gleich, daß immerhin noch der wahre Zweck der Lehre, nämlich die Ausbildung zum tüchtigen Fachmann, im Vordergrund steht. Die meisten lauten ja kurz: „Schlosser-, Dreher- und Klempnerlehrling verlangt.“ Hier kann man ruhig sagen, daß man es mit Lehrlingsgesuchen zu tun hat, die in den Lehrlingen meistens weiter nichts als eine jahrelang auszubehrende billige Arbeitskraft sehen, die, sobald die Zeit abgelaufen ist, durch eine neue ersetzt wird. Manche sind ganz unberührt in dem Herausfahren des materiellen Vorteils. Sie verlangen einfach Lehrlinge, die schon 1 bis 2 Jahre gelernt haben, aber nur solche. Sie wollen sich nicht einmal der Mühe des Anlernens, die ja immerhin mit einigen Opfern verknüpft ist, unterziehen. Dies überlassen sie gnädigst andern und möchten den Lehrling erst dann, wenn er zwar noch eine Weile für ein Leinwand arbeiten muß, aber zur Not schon einen Gefellen erlernet.

Man müßte also annehmen, daß alle Eltern, und besonders Arbeiter, die in der Lage sind, einen Sohn oder ein Mädchen etwas lernen zu lassen, bei der Auswahl einer hierfür geeigneten Stelle durch Erkundigungen über die Verhältnisse und insbesondere über die betreffende Firma, der sie ihr Kind für eine Reihe von Jahren anvertrauen, sich genauestens unterrichten. Was aber erlebt man? Das Gegenteil! Unglaublich, mit welcher Sorglosigkeit ein nicht geringer Teil Eltern diese überaus erste Angelegenheit erledigt.

Wenn die Zeit der Schulentlassung herannahet und der Junge den Wunsch geäußert hat, diesen oder jenen Beruf zu erlernen, dann sucht man einfach die Spalten der bürgerlichen Blätter ab nach einer passenden Lehrstelle. Da der Vater meistens noch nicht mal die Zeit hat, hinzugehen, macht sich die Mutter mit dem Jungen auf und läßt sich dann von einem Unternehmer mit gefärbten Worten die glänzende Zukunft ausmalen, die ihrem Sohn bei seiner Firma bevorsteht.

Schließlich ist man glücklich und froh, noch zur rechten Zeit eine so passende Lehrstelle gefunden zu haben. In der Probezeit, in der immerhin noch die Gefahr besteht, daß der Junge wieder weggeht, wird von dem Lehrherrn noch versucht, den ganzen Jammer, in den der Junge geraten ist, zu verbergen. Meistens die Eltern noch beizeiten, was los ist, und sie nehmen den Jungen rechtzeitig wieder aus der Lehrstelle, dann ist wenigstens nicht alles verloren. Aber ersahrend noch ist auch die Zahl derer, die gedulig ihre vier Jahre lernen, um dann erbittert feststellen zu müssen, daß das, was man ihnen beigebracht hat, keineswegs anspricht, um in dem erlernten Beruf kein Fortkommen zu finden, zumal in der heutigen Zeit, wo oft Hunderte der tüchtigsten derselben Faches ohne Stelle sind. Wenn sie dann nach dem Auslernen ein halbes oder gar ein Jahr vergeblich nach einer Stelle gesucht haben und man zu Hause ob ihrer ewigen Dummheit bereits mürrische Gesichter zieht, dann schließt man schließlich als Angehöriger, um endlich etwas zu verdienen. Von den Eltern ist zu spät erkannt worden, daß alle Sorgen und Entbehrungen der ganzen vier Jahre umsonst gewesen sind, weil man nicht die nötige Umsicht hat walten lassen. Denn wäre es der Fall, dann wäre es doch wirklich nicht möglich, daß jährlich immer noch Tausende Berufen zugeführt werden, die keinerlei Zukunft mehr haben, weil sie infolge der massenhaften Entlassungen reitungslos zum Aussterben verurteilt sind. Auch den so berüchtigten Lehrlingsgesellschaften, die immer und ständig eine unerschöpfliche hohe Zahl von Lehrlingen beschäftigen und die ausgerechneten sofort abstopfen, um wieder neue Lehrlinge zu nehmen, wäre sehr leicht das Geheimnis zu legen, wenn eben nur die Eltern umsichtig und misstrauisch genug wären.

Daß auch die behördlichen Berufsberatungsämter sehr mühselig in dieser Beziehung leisten, ist leider viel zu wenig bekannt. Die Branche der Metallarbeiter in Berlin hat zum Beispiel nach vieler Mühe erreicht, daß Lehrstellen als Metallarbeiter vom städtischen Berufsberatungsamt nicht mehr vermittelt werden, da der Metallarbeiterberuf anspricht. Trotzdem finden die Unternehmer noch wie vor genügend Lehrlinge für diesen Beruf, eben durch die Zeitungen und durch die Hilfslosigkeit der Eltern. Hier gibt es dann nur ein Mittel, nämlich den Gehel vom Betrieb aus anzusehen, um so dem Jungen aber noch besser den Eltern in persönlcher Ansprache die Hoffnungslosigkeit des Berufes oder die Ungeeignetheit des Betriebes vor Augen zu führen. Daß dabei mancherlei Erfolge erzielt werden können, weiß ich aus der Praxis. Was ist es in diesen Fällen geübrigen, Lehrlinge, denen solch trostloses Erleben ohne weiteres gebührt hätte, rechtzeitig zum Aufgeben solcher Stellen zu bewegen. Es kommt eben immer auf die Eltern an. Darum wichtig und wichtig.

Willy Riederich.

Sind Kontrollen und Revisionen Angestellte oder Arbeiter?

Sehr oft entstehen Streitigkeiten, ob die mit der Abnahme der Arbeitsstücke beauftragten Revisorinnen und Revisoren leitungslos sind oder Angestellte oder Sachbearbeiter sind. Die entscheidende Fragestellung hat in letzter Zeit die Begriffsbestimmung des Angestellten zur Untercheidung vom Arbeiter auf der Grundlage des § 1 Abs. 1 des Angestelltenberufsgesetzes abgeklärt. Dieses und das Gesetz über die Betriebsberufsgesetzgebung sind die Arbeiter- oder Angestelltenberufsgesetzgebung in einem einzigen Gesetz zusammengefaßt. Die Unterscheidung zwischen Arbeiter und Angestelltem ist daher nicht mehr in der besterbestimmung im Gesetz, sondern in der tatsächlichen Sachlage zu sehen. Daher verdient eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes Beachtung.

In einer öffentlichen Ratungssitzung wurde ein Teil der Revisorinnen zur Sachbearbeiterberufsgesetzgebung, die Revisorinnen

träge zur Angestelltenversicherung. Mit Zustimmung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat die zuständige Landesversicherungsanstalt die sämtlichen Kontrollen für die Invalidenversicherung in Anspruch genommen. Den Einspruch der Kontrollen hat das Reichsversicherungsamt verworfen und sie für in Validen Versicherungspflichtig erklärt. Der Senat hat durch Betriebsbesichtigung des Betriebes oder eines Betriebsteiles beschäftigt sind. Ihre Aufgabe besteht darin, daß sie bei verschiedenen Arbeitsvorgängen in der Werkstatt die Wertstoffe in den einzelnen Stufen ihrer Herstellung unter Zuhilfenahme verschiebbarer Meßgeräte darauf zu prüfen haben, ob sie der von Anfang an mitgegebenen und mit den Wertstoffen bis zu ihrer Fertigstellung weiterwandelnden Zeichnung entsprechen. Ergibt die Prüfung durch den Kontrolleur, daß ein Wertstück zeichnungsgemäß bearbeitet ist, so drückt er den Kontrollstempel darauf und bescheinigt dem Arbeiter durch Unterschrift auf dem Allokationschein die für die Bearbeitung verwendete Zahl von Arbeitsstunden. Ergibt die Prüfung geringfügige Abweichungen, die von dem Arbeiter kurzerhand beseitigt werden können, so verständigt sich der Kontrolleur mit diesem und läßt das Wertstück zeichnungsgemäß machen. Bei erheblichen Abweichungen, die nicht sofort behoben werden können, entscheidet der Kontrollabnehmer oder die ihm übergeordnete Stelle darüber, was mit dem beanstandeten Wertstück zu geschehen hat.

In seinen Entscheidungsgründen führt das Reichsversicherungsamt aus, selbst wenn man die Tätigkeit der Kontrollen bei zeichnungsgemäßen Arbeitsstunden als Arbeitsabnahme bewerten wollte, so trägt sie hier keine „Entscheidung“ über die Arbeitsabnahme, weil in diesen Fällen keine Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob das bearbeitete Wertstück der Zeichnung entspricht und daher abgenommen werden kann oder zurückgewiesen ist. Jedenfalls aber entscheidet der Kontrolleur bei erheblichen Abweichungen von der Zeichnung, das heißt in den Fällen, in denen eine Entscheidung über die Arbeitsabnahme in Frage kommt und notwendig ist, nicht selbst. Er habe mithin keinen bestimmten Einfluß darauf, ob das beanstandete Wertstück abgenommen und dem Arbeiter bezogen werde. Wenn der Kontrolleur ein ihm zur Prüfung vorgelegtes Wertstück zurückweist, so ist dies kein Ausfluß einer Entscheidungsbefugnis, sondern die lediglich rein tatsächliche Feststellung einer Abweichung von der Zeichnung, auf Grund deren er keine entscheidenden Maßnahmen treffen darf. Der Kontrolleur hat hiernach in den wichtigsten Fällen, in denen es auf die Entscheidung über die Arbeitsabnahme ankommt, keine selbständige Entscheidung zu treffen. Es stellt daher an der für die Versicherungs-pflicht nach dem Angestelltenberufsgesetz in Abschnitt IV Nr. 3 der Berufsgruppenbestimmung vorausgesetzten Befugnis zur Entscheidung über die Arbeitsabnahme.

Das Reichsversicherungsamt beruht auch die Frage, ob die Kontrollen sich in einer ähnlich gehobenen Stellung wie die Werkmeister befinden und ob demnach eine Versicherungspflicht nach dem Angestelltenberufsgesetz anzunehmen sei. Die Kontrollen haben den Arbeitern gegenüber keine Aufsicht-, Anleitungs- oder Strafbefugnisse. Diese Befugnisse stehen vielmehr den Abteilungsmeistern (Werkmeistern) zu. Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes trägt das Amtsgericht II. 38. 4077. B.

Der Verbandstag der Steinarbeiter

Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Steinarbeiter hat sich vom Januar 1927 bis Mitte dieses Jahres um 18719 auf 75208 oder um 844 vH gesteigert. Der Steinarbeiterverband hat damit den höchsten Stand der Mitgliederzahl seit seinem Bestehen erreicht. Dies ist eine Steigerung des Hauptleistungswertes in der Betriebszeit von 80000 auf 100000 oder um 115 vH zu verzeichnen. Wie der Vorsitzende Winkler in seinem Geschäftsbericht ausführlich hat, hat der Verband vor allem unter der Umwälzung der Steinindustrie wie der Steinbearbeitung zu leiden. Ehemals blühende Berufe wie Steinbildhauer und Steinmetzen sind zum Aussterben verurteilt. Auf der anderen Seite wird die Steingewinnung ungesättigt. Die schwere Knochenarbeit wird meistens von der Maschine ausgeführt.

Der Steinarbeiterverband hat im verfloffenen Jahre große Kämpfe geführt. Barden doch nicht weniger als 1,05 Millionen Mark für Streikunterstützung herausgab. Die Wirtschaftskrise in Verbindung mit der ungenügenden Witterung ließ die Ausgaben für soziale Unternehmungen fast ausbleiben. Je Mitglied wurden im Jahre 1928 8,95 M hierfür aufgewandt, dagegen 1925 nur 8,21 M. Im Vorjahre wurden bei Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung für 78011 Arbeiter 291 M je Woche herausgeholt. Lohnbewegungen mit Arbeitseinstellung wurden für 18181 Arbeiter geführt mit einer Lohnsteigerung von 360 M je Woche.

Unter den von Verbandstag an faßenden Beschlüssen stand die Einführung der Subalidunterstützung. Der Verbandstag konnte sich zur sofortigen Einführung nicht entschließen. Die Mitglieder sollen in einer Urabstimmung darüber entscheiden. In einer Entscheidung zum Betriebsbericht wird eine größere Berücksichtigung der heutigen Steinindustrie bei Vergütung von Bauunternehmungen gefordert. Ferner Verwirklichung der Forderungen über das ganze Jahr. Gegen die Verjährung der Arbeitslosenunterstützung wird protestiert. Über Gesundheitsfragen und Unfallversicherung sprach Siebel. Er forderte eine Erweiterung des Arbeitsgebietes für die Steinindustrie und machte entsprechende Vorschläge. Ein Vortrag des Kollegen Habrecht über den geologischen Aufbau der Erdkruste war außerordentlich lehrreich. In feierlicher Weise wurde beschlossen, die 1500 Blätter mit je 100 Millionen Jahren umfaßt. Die Steinarbeiter wären berufen, die wissenschaftlichen Forschungen auf diesem Gebiete fördern zu helfen. Der Verband wurde gegen wenige Stimmen wiedergebildet.

Schieden maßregeln Betriebsräte

Es geht nicht zu den letzten Entscheidungen, daß Sozialbehörden gegen ihre eigenen Angestellten reaktionär und unsozial handeln; sehr zur Freude eines unabhängigen Unternehmens. Folgender Fall hat sich im Arbeitsamt Berlin-Mitte ereignet. Die städtischen Arbeitsämter sind bekanntlich in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung überführt worden. Das bezieht sich für die Angestellten der Berliner Arbeitsämter auf eine sonstige Verhältnisse, mit denen Ausgleitung die Betriebsberufsgesetzgebung der Angestellten befaßt ist. Das ist wichtig, da auf die alten ungenügenden Bestimmungen ein Rechtsanspruch besteht. Statt sich nun mit den Angestellten auf einer möglichst hohen Ebene zu einigen, geht die Personalleitung dazu über, einfach die Betriebsräte, die sich der Sache ihrer Kollegen angenommen haben und was sie laut Gesetz verpflichtet sind, fristlos auf die Straße zu werfen. So wurde ein Angestellter, der langjährig auf dem Arbeitsamte beschäftigt ist — es handelt sich um eine Kollegin unserer Verbände —, die gewaltig und mit großem jugendlichen Verstand ihren eigenen Beruf verstehen hat, unter der jobbestimmung begründet, sie habe ihre Befugnisse überschritten, fristlos entlassen. Die Kollegin war Mitglied des Betriebsrates und sollte nach dem Gesetz auf dem Gebiete ihrer Betriebsrats-tätigkeit für die Leitung des Arbeitsamtes und es scheint kein Betriebsratgesetz, denn es wurde mehr ein Betriebsrat gebildet nach

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stungen
Telephon-Nummern: C-2 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 8. Okt. ist der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 1929 fällig.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:
Der Dreher Paul Köhler, geb. am 19. November 1879 in Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 6787 209, gemäß § 22 Abs. 1c.

Ausgeschlossen wird nach § 23 Abs. 12 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:
Der Metallarbeiter Artur Gwert, geb. am 18. November 1890 zu Reinickswalde, Mitgliedsbuch Nr. 4249 827, da sich dieses Mitglied unter nichtigen Vorwänden dauernd dem Ausschlußverfahren entzogen hat.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständigen Ortsverbände finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Eintrittort, Rüdikestraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.; von Elektromonteurern nach Hamburg (Schwachstrom).
A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; U. = Ausfuhr.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverbänden über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.
Arbeitstunende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung verperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abkempeln zu lassen.

Verbandsanzeigen

Kronenberg. Geschäftsführer gesucht. Amisanztritt so bald als möglich. Bewerber müssen 8 Jahre Mitglied im DMB, außerdem politisch organisiert sein, ferner mit dem Arbeitsrecht und anderen Gesetzen vertraut sowie rednerisch und organisatorisch vollständig auf der Höhe sein. Bewerbungen müssen unter Angabe von Alter, Beruf und Familienverhältnissen bis zum 15. Oktober 1929 an G. Keller, Kronenberg, Elberfeldstr. 26, gerichtet werden.

eine Zustimmung eingeholt. Was quält einem Arbeitsamt das Gesicht. Er, seine Majestät der Bürokrat bestimmt. Es wäre sehr zu wünschen, daß gerade die Behörden in der Gesetzesachtung mit gutem Beispiel vorangingen. Es steht zu hoffen, daß die Anordnungen dieses kleinen Bürokraten, der sich Personalhilfsreferent des Arbeitsamtes Berlin-Mitte nennt, korrigiert werden. —et.

Veränderungen bei den Berufssekretariaten

In der letzten Zeit sind verschiedene Veränderungen bei internationalen Berufssekretariaten eingetreten. So beschloß der letzte Kongreß der Föderation des Personals öffentlicher Dienste und Betriebe, nach dem Rücktritt von van Sinte den Sitz nach Berlin zu verlegen und zum Sekretär F. W. u. n. e. r, Schießsche Straße 42, Berlin SO 33, zu ernennen.

Die Union der Holzarbeiter hat anstelle von C. Mounsbury, dem die Funktion eines Sekretärs der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands übertragen wurde, F. L. a. r. n. o. w, Am Stöckchen Platz 2, Berlin SO 16, zu ihrem Sekretär ernannt, wodurch der Sitz nach Holland nach Deutschland verlegt werden wird.

Ferner wurde R. de Jonge, der bisher stellvertretender Sekretär der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände, Stadthouderstraße 66, Amsterdam-Zuid, war, endgültig zum Sekretär ernannt, so daß der Sitz jetzt auch in Amsterdam bleibt.

Der Vorstand des Internationalen Bundes der Lithographen und Steinbrucker beschloß, nach dem Rücktritt seines Sekretärs Henri Verdman, Brüssel, bis zu dem im November in Prag abzuhaltenen Internationalen Kongreß vorläufig J. K. o. e. l. o. f. s, Ab. Thijmstraat 5, Amsterdam-West, mit der Leitung zu beauftragen.

Schließlich wurde auf dem Kongreß der Internationalen Föderation der Keramarbeiter, Adresse: Wabelfstr. 2 bis 6, Berlin-Charlottenburg 1, beschloßen, anstelle des Sekretärs Georg Wolmann, der mehr als 20 Jahre hindurch die Leitung gehabt hat, L. u. i. s. l. o. A. p. e. l zu ernennen. Die Adresse ist unverändert.

Stirbt Alters 1

Am 22. September verschied in Hamburg der Kollege Gintich Allers in einem Alter von 62 Jahren. Der Verstorbene war in den letzten Jahren aus unserer Bezirksleitung in Hamburg als Sekretär tätig. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit reicht aber viel weiter zurück. Allers, der von Beruf Schiffszimmerer war, wurde der Führer der Schiffszimmerer seiner hamburger Heimat. Später schloßen sich die Schiffszimmerer des Binnenlandes an und es entstand der Verband der Schiffszimmerer Deutschlands. Allers gehörte zu den führenden Männern dieses Verbandes. Von 1900 ab war er Schriftführer im Zentralverband und zehn Jahre später wurde er der Führer. Die Entwicklung der Gewerkschaften auf Industrieverbänden brachte es mit sich, daß der Verband der Schiffszimmerer, gewonnen durch seine Fügung auf den Schiffswerften, immer enger an die Seite des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gedrängt wurde. Der Vorsitzende Allers begriff rechtzeitig die Entwicklung und wurde zum bewussten Förderer der Verschmelzung mit unserem Verband, keine Bemühungen waren erfolgreich, denn 1922 kam die Verschmelzung holländischer Verbände. Mit dem Kollegen Allers bezieht die Werftarbeitergesellschaft einen waderen Mitarbeiter und Kämpfer. Persönlich ein lieber, aufrechter und bescheidener Mann, der nicht seine Person in den Vordergrund drängte und mit aller Hingabe und großem Erfolg für die Sache wirkte. Sein Andenken wird im Verband, besonders aber in der hamburger Gewerkschaftsbewegung gewahrt bleiben.

Weiterer Aufstieg der freien Gewerkschaften

Aus dem Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1928

Die gewerkschaftliche Großorganisation Deutschlands, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, hat mit dem Jahre 1928 wieder ein Jahr günstiger Aufwärtsentwicklung hinter sich. Trotzdem die Zahl der Verbände infolge der Verschmelzung von Berufsverbänden zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter von 38 auf 35 zurückging, weisen die Mitgliederzahlen eine Steigerung auf. In Zeiten wirtschaftlicher Störungen ist das ein erfreuliches Zeichen, und noch mehr in Anbetracht der ungeheuren Verleumdungen der sogenannten Opposition und der Verhöhnungen eines Teils der Arbeiterschaft durch die Heilsapostel der verschiedensten Art.

Zahlenlisten werden nicht gerne gelesen, aber es lohnt sich doch sehr, in der folgenden Aufstellung die Zusammenziehung des freigewerkschaftlichen Millionenheers, nach Verleihen geordnet, näher zu betrachten. Der zahlenmäßige Stand der letzten beiden Jahre sieht so aus:

Name des Verbandes	Es hatten Mitglieder		im Jahresdurchschnitt	
	am Ende des Jahres 1928	am Ende des Jahres 1927	zusammen	dar. weibl.
Baugewerksbund	458 048	402 252	435 156	445
Bekleidungsarbeiter	79 797	74 076	77 884	37 505
Bergarbeiter	193 358	194 740	196 049	202
Buchbinder	57 186	53 187	55 128	37 304
Buchdrucker	83 908	81 305	82 787	—
Dachdecker	11 097	10 691	10 843	—
Eisenbahner	243 611	233 368	240 913	1491
Fabrikarbeiter	477 335	423 059	457 657	101 685
Feuerwehrmänner	7 424	7 940	7 740	—
Filmgewerkschaft	—	—	—	—
Friseurgehilfen	4 242	3 939	4 067	491
Gärtner	10 657	9 640	10 518	1 493
Gen.- und Staatsarbeiter	257 933	228 622	243 968	37 644
Graph. Hilfsarbeiter	41 111	39 007	40 691	26 243
Holzarbeiter	313 544	293 835	306 660	21 214
Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellte	29 618	25 083	27 183	7 191
Putzarbeiter	18 165	18 178	18 609	11 818
Rupfer- und Kupferhämmer	7 185	6 735	7 024	—
Landarbeiter	178 098	152 880	151 273	14 604
Leberarbeiter	37 540	38 185	37 855	7 059
Lithographen	24 181	23 205	23 719	18
Maler	56 813	48 746	53 775	245
Metallhelfer	51 777	46 259	48 588	31
Metallarbeiter	944 210	815 838	884 027	64 278
Musiker	23 509	22 864	23 055	552
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	168 575	151 808	159 636	32 205
Sattler, Tapezierer und Portiershelfer	31 406	29 618	30 614	5 227
Schornsteinfeger	2 952	2 875	2 980	—
Schuhmacher	77 233	77 907	78 834	34 919
Schweizer	12 105	11 048	11 465	119
Steinarbeiter	68 970	63 798	68 033	512
Tabalarbeiter	78 282	71 379	75 501	58 281
Textilarbeiter	310 941	300 670	308 137	177 140
Verkehrsbund	300 360	351 435	368 052	32 054
Zimmerer	110 675	101 801	107 354	—
Zusammen	4 866 928	4 415 673	4 653 586	712 430

der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die höhere Ausgabe für Krankenunterstützung wird dagegen wohl hauptsächlich durch den allgemeinen ungünstigen Gesundheitszustand im Herbst 1928 verursacht worden sein.

Es gibt wohl keine Organisation, die durch Selbsthilfe ihrer Glieder so gewaltige Summen rüberbringt, wenn Familien und Arbeiter in Bedrängnis und Not sind. In diesem Wirken der freien Gewerkschaften liegt die größte soziale Tat, die keine andere Vereinigung unserer Zeit aufzuweisen hat. Das sollte nicht nur der einzelne Arbeiter und die Arbeiterin erkennen, sondern die Gesellschaft.

Die Steigerung der Ausgaben für Arbeitskämpfe zeugt davon, wie umfangreich 1928 die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen waren und ist der Beweis gegen das dumme Gerücht, daß die Gewerkschaften keine Kampforganisationen seien. Im gleichen Sinne wie die Verbände der freien Gewerkschaften kamen auch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorwärts.

Aber ihre Tätigkeit heißt es in der „Gewerkschafts-Zeitung“: „Sehr wertvolle Dienste leisten sie der Arbeiterschaft durch ihre Rechtsberatungsanstalten. Im Jahre 1928 bestanden an 127 Orten Arbeitersekretariate, die von besoldeten Angestellten geleitet wurden. In weiteren 305 Orten, meist kleineren, waren Rechtsanwaltsstellen eingerichtet, in denen Mitglieder in Rechtsfragen von sachkundigen Personen beraten wurden. Zur Erleichterung der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit am Ort unterhielten 46 Ortsausschüsse eigene Büros mit angestellten Sekretären. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen bestanden an 405 Orten Bildungsausschüsse und an 305 Orten Jugend-ausschüsse. Von 767 Ortsausschüssen wurden zur Benutzung für alle Mitglieder gemeinsame Bibliotheken unterhalten. Zur Überwachung der Bauarbeiterbestimmungen bestanden an 421 Orten besondere, aus sachkundigen Personen zusammengesetzte Kommissionen. In 114 Orten haben sich die Gewerkschaften eigene Häuser erworben, in denen sich das Gewerkschaftsleben am Ort konzentriert. Dieser Besitz repräsentiert Millionenwerte. Meist werden die Gewerkschaftshäuser von besonderen, zu diesem Zweck gebildeten Gesellschaften verwaltet. Die Kassenumfrage der Gewerkschaftshäuser erscheinen nicht in den Kassenergebnissen der Ortsausschüsse.“

Wer noch genauere Angaben über das Gesamtwirken der freien Gewerkschaften im Jahre 1928 haben will, greife zum Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und versuche, sein gewerkschaftliches Wissen zu ergänzen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928

Kürzlich ist das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1928 erschienen. Nach einer Abhandlung über die deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik wird ausführlich über den Stand und die Tätigkeit der christlichen Verbände und ihrer Ortsstellen berichtet. Wir geben einen Auszug aus diesem Jahrbuch gleich zeitig mit dem Bericht des ADGB über die freigewerkschaftlichen Verbände, um unseren Lesern einen Vergleich zu erleichtern.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zählt 18 Verbände und noch die ihm korporativ angeschlossenen Verbände der Verkehrs- und Staatsbediensteten. Beide Arten von Verbänden werden in den Zahlenlisten immer getrennt angeführt. Die 18 Gewerkschaften hatten 1928 647 864 Mitglieder, die korporativ angeschlossenen Organisationen 118 479, also zusammen 766 343. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 43 784 oder gut 6%. Der Zuwachs verteilt sich zu recht unterschiedlichen Teilen auf alle Verbände, ausgenommen drei, die Buchdrucker, Hausangestellte und Leberarbeiter, die eine Abnahme von 725, 115 und 370 Mitgliedern hatten. Unter den 647 000 Mitgliedern der 18 Gewerkschaften befinden sich 124 000 Frauen, die 19,1% der Gesamtmitgliedschaft ausmachen.

Verbände	Mitgliederszahl am Ende des Jahres		davon weiblich	Gesamt-	
	1927	1928		zunahmen 1928	abnahmen 1928
Bauarbeiter	42624	45698	—	3 474 599	1 566 891
Bekleidungsarbeiter	11 378	11 522	6 226	260 131	303 544
Bergarbeiter	97 808	98 954	—	2 783 516	1 488 175
Buchdrucker	4 392	3 667	—	337 617	323 982
Buchhändler	55 388	64 393	5 000	2 444 097	1 872 458
Bauhauseingestellte	17 525	19 158	1 414	1 575 120	1 373 193
Arbeitsn.-off. Betr.	28 930	33 708	2 787	1 159 261	994 256
Graphiker	4 465	4 923	2 328	2 155 514	1 709 980
Hausangestellte	3 587	3 472	3 472	19 924	19 720
Heimarbeiterinnen	7 124	7 255	7 255	55 607	58 376
Holzarbeiter	27 813	30 600	975	1 208 328	927 567
Landarbeiter	70 589	80 536	17 335	817 058	838 691
Leberarbeiter	11 418	11 048	8 141	829 558	303 275
Maler	28 17	32 08	—	1 259 969	105 741
Metallarbeiter	30 044	112 678	4 903	5 094 347	5 035 863
Nahrungsmittelarb.	9 015	9 088	2 816	2 383 349	2 311 128
Tabalarbeiter	29 969	28 350	20 872	520 053	596 883
Textilarbeiter	79 198	81 136	42 967	2 457 472	2 328 322
Korporativ angeschl. Verbände	606 784	647 864	124 189	22 207 513	18 938 998
Zusammen	1 173 568	1 295 728	248 378	44 415 026	38 877 991

Die Stärke der christlichen Gewerkschaften ist der Metallarbeiterverband mit 112 678 Mitgliedern, der auch den größten Zuwachs, nämlich 18 634 bringen konnte. Ihm folgen die Bergleute mit 98 954 und die Textilarbeiter mit 81 136 Mitgliedern. Die Frauen sind im Metallarbeiterverband verhältnismäßig schwach vertreten; sie machen von seinem Bestand nur 49,8% oder 4,2% aus.

Wichtig ist die Verteilung der christlichen Gewerkschaften über das Reich. In dem Jahrbuch ist die Verteilung auf die Bezirke der Landesämter angegeben. Danach stehen die höchsten Anteile der christlichen Gewerkschaften in dem stark katholischen Rheinland und Westfalen, in dem einen befinden sich 190 000 oder 25% von dem andern 146 000 oder 19,2%. In weitem Abstand folgt Bayern mit 71 000 oder 9,3% und Süddeutschland mit 59 000 oder 7,8%. Die zahlenmäßig schwächsten Anteile weisen Preußen (80 000), die Nordmark (11 000) und der Freistaat Sachsen (21 000) auf. Streiks haben die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928 27 allein, 103 mit anderen Gewerkschaften (soll wohl heißen mit den freien Gewerkschaften) geführt. Außerdem waren sie an 30 Ausperrungen beteiligt. Die Zahl der christlichen Gewerkschaftsblätter beträgt 62. Wie die freien Gewerkschaften, so haben auch die christlichen ihre Mitgliedschaften durch oder teilweise in Parteien zusammengefaßt. Es gab deren am Jahresende von 1928 393. Das Kartellwesen scheint indessen noch vieles zu wünschen übrig zu lassen. Denn auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften (über den wir nächstens ausführlich zu berichten hoffen) wurde sehr lebhaft Klage geführt und Vorschläge zur Verbesserung gemacht.

Das Auslandskapital in der deutschen Industrie

Das Auslandskapital beiläufig in Deutschland in mannigfaltiger Form. Neben langfristigen und kurzfristigen Anleihen spielt der Auslandsbesitz an Grundstücken, die die Ausländer während der Inflationszeit erworben, trotz umfangreicher Rückkäufe in den letzten Jahren eine große Rolle. Das Statistische Reichsamt schätzt den Wert der im ausländischen Besitz befindlichen Häuser im Jahre 1928 auf 4 Milliarden Mark und die Mieteinkommen der Besitzer auf mindestens 160 Millionen Mark. Ausländische Kapitalbesitzer kaufen dann zu Anlage- oder Spekulationszwecken Aktien deutscher Unternehmungen; seit der außerordentlichen Verbreitung der sogenannten Anlagegesellschaften (Investment Trusts) im Ausland nahmen diese Aktienkäufe stark zu. Das Statistische Reichsamt schätzt den Verkauf von deutschen Aktien an das Ausland im Jahre 1928 auf 2,8 Milliarden Mark, denen allerdings deutsche Effektenkäufe im Ausland in Höhe von 1,9 Milliarden Mark gegenüberstehen.

Von besonderer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ist die Beteiligung des Auslandes an inländischen Unternehmen. Diese Form der Kapitaleinfuhr gewinnt stark an Bedeutung gegenüber anderen Arten ausländischer Kapitaleinfuhr. Die Beteiligungen des Auslandskapitals an deutschen Unternehmen stehen im Dienste der Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft, die angesichts ihres großen Kapitalbedarfs die Mitwirkung des Auslandes nicht entbehren kann. Andererseits können jene Beteiligungen die deutsche Produktion und den Verbrauch stark beeinflussen, sie je nach ihrer Beschaffenheit fördern oder hemmen. Die wichtigsten Beteiligungen des Auslandes an der deutschen Industrie sind nach einer Darstellung von Dr. Köhner-Frankfurt die folgenden:

Nachdem vollständig aufgekauft wurde vom Auslandskapital die Buntglasindustrie, wo der Schwedenkonzern, und die Margarineindustrie, wo die holländisch-englische Margarine Union die deutsche Produktion beherrscht. Ähnliche Überforderungen liegen in der Kugellager-, Glas- und Schloßindustrie vor. In der Schokoladenindustrie, wo vor längerer Zeit die Reichardt-Gesellschaft an die mit der Margarine Union vereinigte tschechische Schicht-Gruppe überging, erfolgte kürzlich der Übergang der bisher in deutsch-schwebischem Besitz stehenden Carotti AG. und der Schokoladenwerke Otto und Quanz an den schweizerischen Nestlé-Konzern. In der Automobilindustrie begann die Beteiligung des Auslandes zuerst mit der Errichtung von Montagewerkstätten durch eine Anzahl von ausländischen Großbetrieben: General Motors, Ford, Chrysler, Citroen usw. Dem folgte der Übergang der Automobilfabrikation der Redarum-Fabrik an die italienische Fiat-Gesellschaft, die Beteiligung der amerikanischen Amfi-Werke an den Adlerwerken, endlich der Erwerb der Opelwerke durch den größten Automobilkonzern der Welt, die General Motors-Gesellschaft. Im fremden Besitz befindet sich die deutsche Grammophonindustrie, wo die Maschinen der Lindström-Gesellschaft bei dem englischen Columbia-Konzern, der Polphonwerke bei der amerikanischen Brunswick-Gesellschaft liegen, während die deutsche Elektro-Gesellschaft eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Radio-Corporation ist.

In der Glühlampenindustrie erwarb sich der amerikanische Konzern General Electric-Gesellschaft eine 16prozentige Beteiligung an der deutschen Osram-Gesellschaft, die die größte Absatzquote in dem Weltglühlampenmarkt besitzt. Die Osram-Gesellschaft verzichtete dann gegen eine Verstärkung ihres mittel- und osteuropäischen Absatzes auf einen Weltbewerbs mit der General Electric auf dem südamerikanischen Markt. Diefelbe General Electric-Gesellschaft besitzt jetzt eine 30prozentige Beteiligung an der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) und wurde der einzige Großaktionär des mächtigsten deutschen Elektrizitätskonzerns. In der Kunstseidenindustrie erfolgte durch die Verschmelzung des Stanaff-Konzerns mit der holländischen „Enta“ und die Verlegung des Sitzes der neuen Gesellschaft A.G. Kunstseiden „Unie“ nach Holland ein Vordringen des Auslandskapitals. An der von der IG Farbenindustrie beherrschten Deutschen Gasolin AG. sind die beiden Weltkongerne Standard Oil und Shell beteiligt. In der Papierindustrie führte der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns zum Erwerb der Roholm-AG. durch den englischen Inverest-Konzern. Auch der Stinnes'sche Bergwerksbesitz wurde überfremdet. Ermöglicht seien hier die Betriebsorganisation des tschechischen Schußfabrikanten Bata, der auch eigene Produktionsstätten in Deutschland zu gründen beabsichtigt, und im Warenhaushandel das Vordringen der amerikanischen Woolworth-Geschäfte.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England

Von der Regierung der englischen Arbeiterpartei wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen. Die wichtigsten Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind zweifellos die wirtschaftspolitischen: jene Maßnahmen auf dem Gebiete der Industrie, Kredit- und Handelspolitik, die der Bekämpfung der inneren Wirtschaft und der Erweiterung der Absatzgebiete dienen. Außer diesen Maßnahmen wurde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von mehreren Seiten in Angriff genommen: Reform der Arbeitslosenversicherung, werkschaffende Erwerbslosenfürsorge und Förderung der Auswanderung sollen für diesen Zweck zusammenwirken.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung wird erst vorbereitet; der neue Gesetzentwurf wurde noch nicht veröffentlicht. Angekündigt wurde die Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, gleichzeitig die Herabsetzung des versicherungspflichtigen Alters für Jugendliche auf 15 Jahre. Einzuweisen wurde die Lage der „Ausgezeichneten“ durch Antitrustgesetze, vor allem dieser Schicht Arbeit zu verschaffen und sie für andere Berufe umzuformen, erleichtert. Die beherrschende Nachfrage bei der Prüfung, ob der Arbeitslose wirklich „arbeitswillig“ ist, sollen abgeschafft werden. Die Beteiligung des Staates an den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung wurde auf Grund eines neuen Gesetzes erhöht. Für die werkschaffende Erwerbslosenfürsorge wurden 20 Millionen Mark bewilligt für die Förderung der Ausfuhr nach dem britischen Reich, 500 Millionen Mark sollen im Laufe von drei Jahren als Darlehen an Gemeinden oder als staatliche Kreditgarantien an Versorgungsanstalten im Privatbesitz gewährt werden für Ausführung von politischen Arbeiten, zum Bau von Straßen, Brücken, Dämmen usw. Die Gemeinden müssen ihre Vorschläge unterbreiten und die Minister drängen darauf, daß die Bewilligungen rasch und voll in Anspruch genommen werden, damit auf diese Weise 150 000 Arbeiter bald Beschäftigung finden. Das Wohnbauprogramm ist noch nicht fertig; vorläufig wurde nur der von der konservativen Regierung angeordnete Ausbau der staatlichen Unterstützung verhängt, was bereits die Steigerung der Wohnbautätigkeit zur Folge hatte. Zur Erleichterung der Auswanderung wird ein großzügiger Plan entworfen: 20 000 Familien sollen nach Kanada abgeschickt werden, wo ihnen in Britisch-Kolumbien ein Gebiet von 20 Millionen Acres angeschafft werden soll. Die Kosten der Siedlung mit Ausbau der Verkehrswege und der Eisenbahnen dürften sich auf 800 Millionen Mark belaufen.

Ein Aufsichtsratsmitglied 600 000 Mark

Der größte deutsche Kunstseidenkonzern, die Vereinigte Glasnostfabriken AG., ist bekanntlich in eine holländische Spinnengesellschaft umgewandelt worden. Diese gibt jetzt ihre Satzungen bekannt. Aus diesen ist zu ersehen, daß für den 30. 6. 28 über 6% hinausgehenden Reingewinn als Lantime an Vorstand und Aufsichtsrat zu verteilen sind. Bei Glasnostoff kamen in den letzten Jahren 18% Dividende zur Verteilung. Wird dieser Satz auch von der neuen Gesellschaft beibehalten, dann erhält ein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied das neue Stämmchen von über 600 000 Mark. Bisher mußte man sich mit „nur“ 160 000 Mark begnügen. Dafür müssen die Proleten der Kunstseidenindustrie nun schaffen!

Daraus ist zu entnehmen, daß der Metallarbeiterverband an der Spitze steht. Nach ihm kommt der Fabrikarbeiterverband. Zu den Großorganisationen mit über 400 000 Mitgliedern gehört noch der Baugewerksbund. Die Aufstellung lehrt aber auch noch, daß noch manche Verschmelzung von Verbänden vorgenommen werden kann, wodurch unbedingt die Gesamtbewegung weiter gewinnen würde. Ein großer Zusammenschluß, der des Verkehrsverbundes mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband sowie dem Gärtnereverband steht ja bereits in Aussicht, so daß daraus eine Großorganisation von 659 000 Mitgliedern entsteht. Die Bewegung ist also im Fluß, es verschmelzen sich nicht nur kleine Verbände zu größeren Gebilden, sondern auch große zu riesigen Vereinigungen.

Die Gesamtmitgliederszahl erhöhte sich um 503 426 gleich 12,1%. Der alljährliche Rückgang der weiblichen Mitglieder ist nicht mehr zu verzeichnen, dafür setzte ein neuer Aufstieg ein. So wie es mit den Mitgliederzahlen aufwärts ging, so war auch bei den Einnahmen eine Aufwärtsbewegung zu sehen. Die Verbände vereinnahmten insgesamt 221 696 195 Mark gegen 182 258 326 Mark im Vorjahr. Die Einnahmen bestehen aus folgenden Posten:

	1928	1927
Eintrittsgelder	711 813	666 551
Verbandsbeiträge	173 282 990	142 620 273
Deutsche Beiträge	30 347 382	25 976 962
Ertragsbeiträge	1 240 580	1 016 363
Zinsen	4 370 241	3 563 279
Sonstige Einnahmen	11 743 180	8 408 898

Mit Ausnahme der Summe für Ertragsbeiträge, deren Höhe abhängig ist von dem Umfang der Ausschreibung von Steuern, weisen alle Posten höhere Summen als im Vorjahre auf. Die Ertragsbeiträge sind nicht nur entsprechend der größeren Mitgliederzahl gewachsen, sondern sie haben sich auch pro Mitglied vermehrt, und zwar von 40,87 Mark im Vorjahre auf 44,02 Mark im Berichtsjahre. Mit diesem Satz hat die Beitragsleistung nunmehr ungefähr den Realwert des Standes der Vorkriegszeit wieder erreicht.

Die Gesamtausgaben betrugen 1928 189 363 911 Mark gegen 129 463 897 Mark im Vorjahre. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 Mark zu verzeichnen. Es wurden verausgabt für:

	1928	1927
Unterstützungen	62 540 817	40 965 984
Arbeitskämpfe	32 224 377	11 358 288
Freize- und Bildungsweien	11 855 347	8 834 151
Agitation und Organisation	18 887 658	15 964 209
Sonstiges	11 873 706	9 143 065
Bewaltung	52 192 007	43 197 600

Von den Unterstützungsausgaben kamen im einzelnen auf:

Unterstützungsort	1928	1927
Arbeitslosenunterstützung	28 059 354	14 881 556
Krankenunterstützung	24 102 272	17 892 547
Invalidenunterstützung	2 900 016	2 020 451
Sterbefallunterstützung	3 343 630	2 711 095
Sonstige Unterstühtungen	3 318 592	2 908 081
Rechtschutz an Mitglieder	817 153	652 254

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres verursachte eine starke Vermehrung

